

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Ronto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 77 Donnerstag den 3. April 1919 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Fett- und Milchselbstversorgung der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Nach dem Erlasse des Staatssekretärs des Reichsnährungsamtes vom 3. Februar 1919 sind Arbeiter, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben Arbeit nehmen und nach den jetzigen gebräuchlichen Bestimmungen noch keinen Anspruch auf die Selbstversorgung haben, künftig für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses als Selbstversorger zu behandeln.

Hierzu wird auf Anordnung der Reichsstelle für Speisefette sowie des Sächsischen Wirtschaftsministeriums, Landesfettstelle, folgendes bestimmt:

1. Die Selbstversorgung beträgt 100 Gramm Butter die Woche sowie $\frac{1}{4}$ Liter Vollmilch (sogenannte Mundmilch) täglich.
2. Unter Arbeitern, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben Arbeit nehmen, sind diejenigen Personen zu verstehen, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben gegen Entgelt in ein dauerndes Arbeitsverhältnis getreten sind, das ihre Arbeitskraft vollständig oder ganz überwiegend in Anspruch nimmt.
3. Familien- bzw. Haushaltungsangehörige dieser Personen erhalten die Selbstversorgung nur, sofern sie auch ihrerseits die Bedingungen in Nr. 2 erfüllen.
4. Die Selbstversorgung kann den betreffenden Arbeitern nur insoweit gewährt werden, als es die Milchherzeugung ihres Arbeitgebers zulässt. Andernfalls sind sie als Versorgungsberechtigter von den Sammelstellen in derselben Weise wie die übrigen Versorgungsberechtigten zu beliefern.
5. Den nunmehr als Selbstversorger zu behandelnden Personen sind die Landesfettkarten sowie die Landesfettkarten für Magermilch, Quark oder Käse zu entziehen. Die Entziehung hat durch die Gemeindeglieder zu erfolgen.

Weissen, am 29. März 1919. Nr. 55 II O
Kommunalverband Weissen Stadt und Land.

Polizeistunde.

Zusolge Verordnung der Amtshauptmannschaft vom 28. März 1919 ist der Schluss der Wirtschaften, Kaffeehäusern, Thatern, Lichtspielhäusern usw. weiterhin auf $\frac{1}{2}$ 12 Uhr abends festgelegt. Ausnahmebewilligungen sind ausgeschlossen. Die für die Heizung und Beleuchtung notwendigen einschränkenden Vorschriften bleiben bestehen, doch wird nachgelassen, daß an Sonn- und Feiertagen in den Sälen elektrisches Licht bis $\frac{1}{2}$ 11 Uhr gebrannt wird. Gegen Zuwiderhandlungen ist nachdrücklich einzuschreiten.

Wilsdruff, am 1. April 1919. Der Stadtrat.

Die zahlreichen Anmeldungen der Warenbezugscheine Nr. 27, 18, 28 und 19 ermöglichen nur die Belieferung der Warenbezugscheine Nr. 27 und 18 mit 70 Gramm Marmelade oder 70 Gramm Kunsthonig. — Anspruch auf eine bestimmte Art gibt es nicht. — Warenbezugscheine Nr. 28 und 19 bleiben unbeflekt. — Verkauf am 3. April. Kunsthonig 80 Pfg., Marmelade 1 Mark.

Am 3. April: Anmeldung auf Marmelade weißer Warenbezugschein Nr. 29 und gelber Warenbezugschein Nr. 20.

Verteilung von Lebkuchen, gelbe Nahrungsmittelkarten Nr. 13 a je 3 Päckchen, blaue Nahrungsmittelkarten Nr. 13 a je 2 Päckchen. — 1 Päckchen 32 Pfg.

Verteilung von ukr. Käse bei Lauer, gelbe Lebensmittelkarten Nr. 2730—3450 je $\frac{1}{4}$ Pfund. Preis das Pfund 3 Mk. 80 Pfg.

Wilsdruff, am 1. April 1919.

Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabteilung.

Im Gehöft des Mühlensetzers Bruno Kühne, Sachsdorfer Weg Nr. 259, ist die Rinde erloschen.

Wilsdruff, am 1. April 1919.

Der Stadtrat.

Donnerstag den 3. April 1919 abends 7 Uhr öffentliche gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten.

Die Tagesordnung hängt im Verwaltungsgebäude aus.

Wilsdruff, am 1. April 1919.

Der Bürgermeister.

Die auf das Jahr 1918 gelegte Rechnung des gemeinsamen Gewerbergerichts für Gemeinden im Bezirk der Amtshauptmannschaft Weissen hängt im Anmeldezimmer des amtschauptmannschaftlichen Dienstgebäudes für jedermann zur Einsicht acht Tage lang öffentlich aus.

Weissen, am 29. März 1919.

Nr. 4 GG

Der Amtshauptmann.

Grille, Vorsitzender.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 11 Uhr vormittags anzugeben.

Die Entente vor dem Zusammenbruch.

Neuer Brand.

Die Flammen züngeln empör — Im Ruhrrevier hat die russische Propaganda für den bolschewistischen Staat zusammen mit dem ideologischen und mit dem agitatorischen Radikalismus zum neuen trockenen Schlag ausgeholt. Der Generalstreik ist wieder ausgerufen, ein kleines Komitee hat kurzerhand die Macht in sich gerissen und die Parole herausgegeben. Ob die Mehrheit der Bergarbeiter das als Terror empfinden, ob sie Ansehen und Achtung in der Welt verdienen, ist für die Arbeiter nicht im Interesse. Die Öffentlichkeit des ganzen Reiches steht vor allem die Meldungen daraufhin an, in welcher Weise die Bergarbeiterklasse die Welt macht und es zur Zeit werden läßt, sich hinter die Trommel des Anführers zu scharen und sich der Kriegserklärung an die derzeit bestehende Ordnung anzuschließen. Es steht diesmal umsonst. Eine kaum zu überschätzende, aus mühseligen Verhandlungen herausgewachsene Vereinbarung ist brüchig geworden und der Regierung vor die Füße geworfen. Alle Zusammenhänge, alle Verbesserungen der Lage und der Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter waren nutzlos und nutzlos geworden, wenn nun gleichwohl die Massen eine Welle der fanatisierenden Aufrufe zu neuem Kampf schlagen und halb aus Furcht, halb aus neuem aufgeregtem Ehrgeiz die Führer blinde Gefolgschaft leisten.

ankommenden Nahrungsmittel der Entente nach deren Vorkaufsrecht nicht an ausländische Arbeiter gegeben werden dürfen und daß nicht wieder die Streikfischeln hegeholt werden. Werden die Brandmeister den neuen Flammenherd rechtzeitig abgrenzen vermögen? Die Regierung ist aufgedreht mit denjenigen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, und ihre Sprache unterscheidet sich von früheren Erlassen und Aufträgen insofern, als die Versicherung der Bereitschaft zu Verhandlungen nicht von vornherein so schmächtig angeboten wird, daß dadurch die Wirkung verfallert. Das korporative Vortreten der gesamten Reichsregierung zeigt zugleich den Ernst und die feierliche Bedeutung der bevorstehenden Ereignisse im Ruhrrevier für das Kabinett selbst auf. Wenn die Koalitionsregierung mit Nachdruck erklärt, daß unter gewissen Umständen Politik von ihr nicht mehr gemacht, die Verwaltung nicht mehr geführt werden kann, dann erheben sich die logischen Folgen von selbst. Damit werden aber diese Tage zur Schicksalsstunde der deutschen sozialdemokratischen Partei, zur Schicksalsstunde der Reichssozialisten und der in der Arbeit eines halben Jahrhunderts aufgebauten Gewerkschaftsorganisationen. Wenn die Nachrichten weiter bei dem bisher Gemeldeten ihr Bewenden haben, dann sind die gewerkschaftlichen Organisationen im Streikrevier bereits ein Trümmerhaufen und kurzerhand von den Agitatoren des bolschewistisch-kommunistischen Terrors zertrümmert worden. Es wird verflucht, daß die politisch organisierten Bergarbeiter der Reichssozialdemokratie Gegner des Streiks — wenigstens in ihrer Mehrheit — seien und nur vor der Vergewaltigung zurückweichen. Ganz verständlich ist diese Politik noch nicht. Sie ist auch nicht neu, man hätte sie vielfach aus dem Reich, wenn da und dort die Glut wieder einmal aufkammte. Jetzt scheitern doch die Tage angedreht, wo die Regierung Ebert-Scheidemann selbst wissen muß, ob sie nur ihre eigenen Organisationen noch hinter sich hat oder nicht. Die große Gefahr, die an der Ruhr ihr Haupt erhebt, kann vom Kabinett beschworen, aber beseitigt und überwunden kann sie nur werden aus den Massen heraus, auf die die Regierung sich stützte. So ist Scheidemanns Aufruf zugleich die hinausgeworfene Frage: Wer, Genossen, geht noch mit?

Die Entente vor dem Zusammenbruch.

Amerika droht mit Austritt.

Saag, 1. April.

Die häufig gutunterrichtete „New York Times“ meldet aus Paris, daß Amerika sich möglicherweise von der Friedenskonferenz zurückziehe. Wenn sich die Zustände auf der Friedenskonferenz nicht besserten, so könnte die Welt eine große Sensation erleben.

In Wirklichkeit, behauptet das Blatt weiter, seien die Sitzungen des Rates der Vier auf einen toten Punkt gekommen. Die ganze letzte Woche müßte als vergeblich angesehen werden. Jetzt sei nun eine direkte Krise eingetreten und die Lage habe sich verschlimmert. — Soweit die amerikanische Quelle. Die ganze Sache ist nicht unwahrscheinlich, denn schon seit Wochen führen Wilson und Clemenceau einen erbitterten Kampf miteinander, bei dem sich Wood George vielfach auf seinen Wilsons befindet. Die Forderungen Frankreichs, speziell seine Ansprüche auf das Saargebiet, geben Wilson doch über die Zustimmung und drohen seine ganzen 14 Punkte zu einem Fetzen Papier zu verwandeln. Schon der Waffenstillstand hatte diese 14 Punkte als Basis. Diese Punkte sind aber von den Militärs der Entente so gut wie nicht beachtet worden, und Wilson kommt allmählich mit seinem Gewissen und seinem uns verstandenen Wort in Konflikt. Will Wilson also nicht vor der ganzen Welt und besonders vor seinen Vätern in Amerika, die in ihm den starken Mann sehen, nicht reißlos blamiert dastehen, so müßte er energisch werden selbst auf die Gefahr hin, daß der ganze Völkerbund, von dem man in Amerika ohnehin nicht sehr begeistert ist, ins Wasser fällt. Das hat er anscheinend inzwischen getan und schon ist die schönste Krise da!

Der Streit um Danzig.

Wilson gegen ausschweifende Schadenersatzansprüche. Paris, 1. April.

Präsident Wilson und Wood George haben auf der Alliiertenkonferenz erklärt, sie seien sich absolut einig, daß es unmöglich wäre, Danzig den Polen zu überlassen. Auch wollten sie nicht zugeben, daß Frankreich dauernd deutsches Gebiet erhält, außer Elsaß-Lothringen. Frankreich hat, wenn es nicht einen Bruch herbeiführen will, sich mit dieser prinzipiellen Stellungnahme Wilsons und